

CHRONIK DER ZEIT

DIE GROSSE DEBATTE — GEHEN DIE AMERIKANER NACH HAUSE?

Beinahe über Nacht ist in den USA die „große Debatte“ entbrannt. Sie hat schon ihren festen Namen. Jeder weiß, was es ist, „die große Debatte“, nämlich eine seltsam erregte und tiefgreifende öffentliche Auseinandersetzung um die Rolle Amerikas in der Welt. Inmitten einer der vielen Krisen des Koreakrieges erhob sich plötzlich von allen Zeitungsblättern und Versammlungsräumen widerhallend der Ruf: Gebt die verlorenen Posten allüberall preis, in Korea und in Europa, rollt die Fahnen ein, überlaßt den Krieg zu Lande den Landvölkern. Wir sind eine Insel, wir wollen Schlachtkreuzer, Flugzeuge, Superfestungen und Atombomben bauen. Wir wollen uns hinter die beiden Weltmeere zurückziehen und dafür sorgen, daß in ihren Wogen jeder Angreifer gegen die USA selbst zugrunde geht.

Im Schatten der großen Debatte flog General Eisenhower nach Europa. Er war dorthin entsandt, um zu berichten, ob die USA sich in Europa schlagen wollen. Alle Teilnehmer an der großen Debatte haben ja praktisch erklärt, daß sie sich dem Urteil des Siegers im zweiten Weltkrieg fügen werden.

Die große Debatte würde, wenn sie die Weltpolitik der USA grundlegend änderte, das Weltgeschick bis in die Grundlagen umkehren. Jede Politik in Europa und in Deutschland müßte dann von anderen Voraussetzungen ausgehen. Wenn die USA alle ihre wirtschaftlichen und militärischen Kräfte, darauf konzentrierten, nur sich selber stark zu machen und sich allein in dem letzten Bollwerk der freien Welt zu schlagen, dann würde im äußersten Falle jede Hilfe der USA an Europa wegfallen, die Waffenhilfe ebenso wie der Marshallplan, mit dessen Hilfe in den Augen der „Neoisolationisten“ ja nur eine Industrie aufgebaut wird, die zuletzt doch in die Hände der Sowjets fällt. Europa müßte wirtschaftlich allein fertig werden. Seine sozialen und wirtschaftlichen Probleme wären bis zur Unkenntlichkeit verändert. Es könnte schließlich die Waffen überhaupt wegwerfen. Denn ohne die USA-Waffenhilfe würde die Verteidigung Europas selbst aussichtslos werden. Europa müßte sich ganz dem Schutz der Atombombe anvertrauen, die allein die Sowjets abschrecken müßte. Fürwahr, ein furchtbarer Augenblick in der Geschichte aller freien Völker!

Als über allen Wandlungen der Szene in Korea den Amerikanern die Gewißheit ins Angesicht starrte, daß ein Ende des Krieges in Korea nicht abzusehen sei, da erhob sich der große Widerstand gegen die Truman-Doktrin, die besagt, daß die USA sich jeder Ausweitung des Kommunismus in jeder Form und in jedem Teil der Erde widersetzen müssen. Diese Doktrin wurde als internationalistisch angegriffen. Durch sie wären die USA in Korea in eine Falle gelockt worden. Es sei ein Unding, mit gutem amerikanischem Geld oder gar mit amerikanischen Soldaten Verbündete in aller Welt zu stützen, die nicht ein Gewinn, sondern eine Belastung seien. Amerika müsse aufhören, sich selbst zu schwächen, indem es draußen in der Welt schwache Verbündete aufpäppelt. Es müßte sich auf das Wichtigste konzentrieren, nämlich sich selber als das letzte und allein entscheidende Bollwerk der freien Welt zu retten.

Die amerikanische Öffentlichkeit geriet zum Teil unter den Einfluß einer panikartigen Vorstellung, daß amerikanische Landtruppen überall in der Welt nur in eine Mausefalle geraten würden. Befürchtungen wurden laut, daß im Angesicht des Mangels von großen Flugzeugen in Europa eine neuerliche Berliner Blockade bevorstünde und die amerikanischen Truppen in Berlin dann in einer Falle säßen. „Dünkirchen“ wanderte wie ein Geist durch die „große Debatte“. Nicht unwichtige amerikanische Politiker haben die Befürchtung ausgesprochen, daß amerikanische Truppen in einem Atomkrieg den Rückweg aus Europa nicht mehr finden würden.

Ein großer alter Mann der Politik, Edgar Hoover, hat die große Debatte eingeleitet, ja sie erst geschaffen und ihr durch den Glanz seines Namens und das Gewicht seiner Stimme das Ohr des amerikanischen Volkes verschafft. Das Leitmotiv seiner Rede war, daß Europa vielleicht nützlich für die USA sei, daß es aber auch ohne Europa gehe. „Selbst ohne Europa haben die Amerikaner keinen Grund zur Hysterie und zum Verzagen.“ Auf der Sicherheit der USA (was heißen soll, auf ihr allein) ruhe die Sicherheit der Menschheit. Es sei Narrheit, Krieg gegen die kommunistische Landmasse „über den Treibsand Chinas, Indiens oder Westeuropas hinweg“ zu führen. Das würde nur das Grab für Millionen amerikanischer Jungen werden und zum Ausbluten des einzigen „Gibraltar der westlichen Kultur“, nämlich Amerikas, führen.

Mr. Hoover hat auch einen Trost für Europa, auch wenn er zugibt, daß er für unsere Generation ein schwacher Trost ist, „Zweimal haben schon früher in der Weltgeschichte asiatische Horden einen großen Teil der Welt überschwemmt. ' Aber ihre Weltreiche sind dann immer wieder durch die inneren Spannungen und rassischen Gegensätze aufgelöst worden.“ Unsere Urnenkel können es also erleben, daß sich der asiatische Khan, der in Berlin residiert, gegen den Moskauer aufbäumt, daß dann das große kommunistische Weltreich auseinanderbricht und für Europa wieder die Sonne der Freiheit aufgeht. „Die Wahrheit ist gräßlich“, so schließt Hoover seine Predigt, „wir sehen ihr mit Gebet und Mut ins Auge.“

Auf die Befürchtungen der amerikanischen Öffentlichkeit, daß dann das Kriegs- und Rüstungspotential Europas den Sowjets in die Hände fallen würde, antwortete der Senator Millikin mit einem sehr drastischen Trost: Man könne nötigenfalls die westeuropäischen Industriezentren dem russischen Zugriff auch dadurch entziehen, daß man sie „in die Luft jage“.

Der einflußreichste republikanische Politiker, Senator Taft, hieb in die Kerbe Hoovers, wenn er auch gewisse Einschränkungen machte. Man dürfe nicht glauben, daß man die übrige Welt vollständig preisgeben und sich allein auf die Verteidigung Amerikas beschränken könne. Die Aufrechterhaltung der Überlegenheit der USA zu Wasser und in der Luft setze voraus, daß die USA ein Interesse an Europa, an dem Nahen Osten, an Indien und am Fernen Osten behielten. Aber er widersetzte sich, so erklärte Taft, dem Unterfangen, den Kampf gegen den Weltkommunismus primär in den weiten Landräumen des europäischen oder asiatischen Kontinents auszufechten, wo die USA in einem Krieg mit Rußland unter den größten Nachteilen kämpfen würden. Die erste Regel der Strategie sei es, den Krieg nicht auf einem für den Gegner günstigen Schlachtfeld auszutragen.

Die extreme Forderung der Preisgabe Europas und Asiens wurde in der großen Debatte sehr bald wieder beiseite gelegt. In einer außenpolitischen Senatsaussprache wurde dargelegt, daß die „Preisgabe Japans und des Ruhrgebiets die USA in eine unvorstellbar gefährliche Lage bringen würde“. „Wenn Europa der freien Welt verlorengeht“, so erklärte ein Senator, „würden die strategischen Stützpunkte und strategischen Rohstoffe Afrikas schwer zu halten sein. Die Masse des Uraniums für die amerikanische Atomforschung kommt aus Afrika. Wir würden ohne Afrika in unserer nationalen Verteidigung auf das schwerste gehemmt sein.“ Ein anderer Senator sagte: „Wenn die Ruhr und die großen Schiffswerften des west-

lichen Europas durch einen feindlichen Angriff erobert werden, dann würde die gegenwärtige Überlegenheit der See- und Luftmacht der USA sehr bald dahin sein.“

Das hin- und herschwirrende Pendel der öffentlichen Meinung hielt dann ungefähr bei der Auffassung, wie sie John Foster Dulles, der Außenpolitiker der republikanischen Partei und ein bedeutender Mitarbeiter des amerikanischen Auswärtigen Amtes, festgelegt hatte. Dulles meinte, daß es ein Unding sei, sich auf eine starre Verteidigung festzulegen und jedes Gebiet zu jeder Zeit und in jedem Fall gegen die Sowjets zu verteidigen. Es sei nicht denkbar, eine chinesische Mauer, eine Maginotlinie, einen Felsen von Gibraltar, eine atlantische oder pazifische Mole als unbewegliche Verteidigungslinie zu errichten. Die Sowjetunion sei im Besitz der inneren Linie und sei in der Lage, an jedem beliebigen Punkt und in beliebiger Stärke ihre Macht zu konzentrieren — diesen ganzen Saum entlang, der sich vom Nordpol über Norwegen, Finnland, Schweden, Westdeutschland, Österreich, Jugoslawien, Griechenland, die Türkei, Persien, Indien bis nach den Philippinen, Formosa, Japan, Korea und Alaska erstrecke. Es sei ein Wahnwitz versuchen zu wollen, diese gewaltige Grenze von etwa 30 000 Kilometer so zu verteidigen, daß jede, dieser Nationen unangreifbar für einen konzentrierten, mit der ganzen Macht der Sowjetunion unternommenen Angriff werde. Die USA würden dann nirgends Stärke und über Bankrott haben. Aber es sei auch undenkbar, daß die USA zusehen oder auch nur von Amerika aus kämpfen wollten, wenn die Kerngebiete der freien Welt, vor allem Europa, dem kommunistischen Ansturm ausgesetzt wären. „Ein Amerika, das ein müßiger Zuschauer wäre, wenn die Barbaren die Wiege unserer christlichen Kultur überrennen und entweihen, würde nicht das Amerika sein, das sich selbst verteidigen kann.“

Die große Debatte hat manches geklärt. Hoover ist nicht der Präsident der USA und Taft nicht ihr Außenminister. Aber in einem Lande, wo die öffentliche Meinung regiert, regieren sie in einer gewissen Weise auch mit. Die große Debatte hat zwar kaum die Entschlossenheit aller verantwortlichen Kreise erschüttern können, Europa zu verteidigen. Selbst in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit hat die extreme Forderung, sämtliche auswärtigen Stützpunkte der USA preiszugeben, keinen nennenswerten Widerhall gefunden. Aber die große Debatte hat auch bewiesen, daß die Europamüdigkeit der USA zugenommen hat. Es ist nirgends in den USA ein überschwänglich freudiger Wille vorhanden, einen neuen Kreuzzug in Europa zu führen. Das wird auch die Regierung zwingen, den

äußersten Preis für ihre Hilfe in Europa zu verlangen. Die Europahilfe hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Der beinahe messianische Glaube, mit dem einmal der Marshallplan begonnen wurde, ist verpflogen. Was immer General Eisenhower empfiehlt, er wird als Oberkommandierender der atlantischen Streitmacht von den Europäern fordern, daß sie das Letzte und Äußerste aus sich herauszuholen. Es wird von Europa unendlich viel an Anstrengungen jeder Art verlangt werden und Europa wird alles, was es an konstruktiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideen aufzubringen vermag, ins Feld führen müssen, um auch seine „große Debatte“ zu bestehen.

SCHICKSALSTAGE DER UNO

Die UNO steht vor einer schweren Zerreißprobe. Es liegt auf der Hand, welche Bedeutung es für das Weltgeschick hat, ob ein Rest wirksamer und lebendiger internationaler Organisation in Gestalt der UNO erhalten bleibt oder ob die „Vereinten Nationen“ in Zukunft ein geschäftiges und wortreiches Scheindasein führen werden. Für alle internationalen Bewegungen, seien sie politischer, sozialer oder gewerkschaftlicher Art, ist es eine nahezu lebenswichtige Angelegenheit, daß der Versuch einer Weltorganisation nicht ein zweites Mal scheitert.

Es wäre verfehlt, nur einen Augenblick zu leugnen, daß die UNO als weltumspannende Friedensorganisation, wie sie ursprünglich gedacht war, schon zusammengebrochen ist. Nicht sehr viel weniger als eine Milliarde Menschen gehören entweder der UNO überhaupt nicht an oder unterwerfen sich nicht wahrhaft ihrem Gesetz. Über den entscheidenden gigantischen Konflikt unserer Zeit, den zwischen der freien Welt und dem sowjetischen Machtblock, hat die UNO keine Schiedsgewalt. Sie könnte zwar im Namen der einen Hälfte der Menschheit den sowjetischen Machtblock zum Angreifer erklären, Maßnahmen aber, die den kommunistischen Block unter die internationale Friedensordnung zwingen sollten, wären nicht mehr eine schnelle, wirksame und reibungslos durchzuführende Maßnahme einer Weltpolizeigewalt, sondern der Krieg des einen Machtblocks gegen den anderen. Die UNO hat aufgehört, eine echte Brücke zwischen den beiden Welten der Erde zu bilden.

Was jetzt bei der Frage der Behandlung Chinas auf dem Spiel steht, ist aber die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und amerikanischen Völkern auf der einen Seite und den nichtkommunistischen Staaten Asiens auf der anderen Seite. Die welt-

geschichtliche Frage des Verhältnisses zwischen Abendland und Morgenland, zwischen Asien auf der einen Seite und Europa und Amerika auf der anderen Seite, ist damit gestellt. Ein Riß zwischen dem ganzen Asien und der europäisch-amerikanischen Welt droht sich aufzutun. Es wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, wenn der Kreis der echten, aktiven Mitglieder der UNO, die sich wirklich an die in ihr verkörperte internationale Zusammenarbeit gebunden fühlen, nicht nur auf die nichtkommunistische Welt (auch das ist schon nurmehr gerade die Hälfte der Menschheit) zusammenschrumpft, sondern sich auch noch innerhalb dieser Welt nochmals verengert und fortan auf die europäischen und amerikanischen Völker beschränkt. Die UNO stünde dann da als im letzten Grunde ein Instrument des weißen Mannes.

Der Zwiespalt ging aus dem Verlangen der USA hervor, China als Angreifer zu erklären und es in Acht und Bann zu tun, nachdem der Kongreß mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen hatte, nach der China zum Aggressor erklärt werden müßte und eine Aufnahme Rotchinas in die UNO nicht in Frage käme.

Der Entschluß der USA, die Ächtung Chinas durch die UNO durchzuführen, setzte sich fest, als die chinesischen Armeen in Korea anscheinend unaufhaltsam im Vormarsch waren und Peking alle Waffenstillstandsvorschläge brüsk und sogar mit beleidigenden Worten abwies. Damals fanden ernsthafte Verhandlungen im amerikanischen Oberkommando im Fernen Osten statt, ob Korea nicht überhaupt preisgegeben werden sollte. Dann geschah plötzlich wieder eine der rätselhaften Wandlungen der Szene, wie sie im Koreakonflikt nun schon gang und gäbe sind. Die Chinesen blieben plötzlich stehen, und ganze Armeen waren scheinbar spurlos verschwunden. Mannigfache Erklärungen wurden dafür abgegeben: hohe Verluste der Chinesen, die Scheu, ihre Elitetruppen aufzureiben, die Angst, die USA zum Äußersten zu treiben (die durchaus verständlich ist, wenn man erwägt, daß kurze Zeit danach der Leiter des strategischen Bombardements im Fernen Osten, General O'Donnel, erklärte, alle Mittel einschließlich des äußersten — d. h. der Atombombe — müßten angewandt werden, um der kommunistischen Aggression in China ein Ende zu setzen), der Wunsch, den Koreakrieg unendlich schwären zu lassen, um die USA weiter zu binden. Wie dem auch sei, auch diplomatisch zeigte China bald noch ein gewisses Entgegenkommen und erklärte sich zu einem Waffenstillstand unter bestimmten Bedingungen bereit. Der arabisch-asiatische Block in der UNO sah in den Vorschlägen Chinas eine Verhandlungsbasis und hoffte, dadurch die

Kriegsansage der UNO an Peking aufhalten zu können.

Die Vorschläge Pekings aber laufen auf die alten Forderungen Chinas hinaus, die von keinem chinesischen Regime, solange es als Macht in der Staatengemeinschaft etwas bedeutet, preisgegeben werden könnten. Diese Forderungen heißen: Anerkennung und Zulassung in die UNO und Abzug der USA aus den Gewässern von Formosa (d. h. die Auslieferung Formosas an China gemäß den Abmachungen während des zweiten Weltkrieges). Ohne die Erfüllung dieser Forderungen ist auch eine nur relative Befriedung des Ostens kaum zu erreichen. Die Forderungen müssen für die amerikanischen und europäischen Staatsmänner widerwärtig sein und ihre Erfüllung ist gefährlich. Aber man hat kaum eine andere Wahl als sie zu erfüllen oder irgendwie in den Krieg mit China hineingetrieben zu werden, zumindest die Spannung im Fernen Osten bis ins Unendliche weiter bestehen zu lassen. China verlangt darüber hinaus eine grundsätzliche Vereinbarung, daß alle fremden Truppen aus Korea abgezogen werden, und daß das koreanische Volk ohne fremde Einmischung selbst über sein Schicksal entscheiden dürfe. Bei einer solchen Regelung müßte — so wie die Dinge in Asien angesichts der schreienden sozialen Not und angesichts einer im Gegensatz zu Europa echten, kommunistischen Volksbewegung liegen — auf die Dauer Korea unfehlbar dem kommunistischen Machtraum anheimfallen. Die chinesischen Vorschläge laufen auf die Ausschaltung der USA vom chinesischen Festland und aus Formosa hinaus. Es war durchaus verständlich, daß die Amerikaner gegenüber solchen Forderungen sagten: Für wie dumm hält man uns eigentlich? Die Chinesen bieten an, „ihren Freiwilligen die Heimkehr aus Korea anzuraten“, falls wir das mit einer gigantischen Kapitulation bezahlen! Aber schließlich ist diese Lage nur die Konsequenz einer großen Tatsache, daß China kommunistisch geworden ist. Die USA wollen sich nicht damit abfinden, daß der Kommunismus in China gesiegt hat. Die Annahme eines großen Teils dieser chinesischen Forderungen wäre die Anerkennung einer Tatsache, einer scheußlichen Tatsache, die aber eine Tatsache und scheußlich bleibt, auch wenn sie nicht anerkannt wird. „Die Zulassung des kommunistischen China“, schreibt die „Times“, „würde die Anerkennung einer Tatsache sein, so abstoßend diese Tatsache auch sein mag. Die Chance würde bleiben, wie gering sie auch ist, einen endgültigen Riß in der UNO zu vermeiden, die eine der wenigen Plätze ist, wo sich die beiden Welten noch begegnen können.“

Doch die USA können sich nicht zu dem Entschluß durchringen, den vor allem diese asiatischen Staaten von ihnen erwarten, nämlich Rotchina als einen Staat wie einen anderen Staat zu behandeln, ihn anzuerkennen und ihm das zu geben, was ein 500-Millionen-Volk im ureigensten Lebensraum an Achtung vor seinen nationalen Interessen verlangen kann. Der Staatschef Hindustans bezeichnet daher die Weigerung der USA, China als gleichberechtigt im Rat der Völker zuzulassen, als einen Überrest des weißen Kolonialismus. Die USA versuchten — so meint ein Teil der asiatischen Staatsmänner — unter dem Vorwand, den Kommunismus zu bekämpfen, dem Aufstieg der asiatischen Völker einen Damm entgegenzusetzen.

Im Grunde stehen auch England und Frankreich auf dem Standpunkt, daß es gefährlich und politisch zwecklos sei, China gegen den Willen von über einer Milliarde Menschen in die Acht zu erklären und es für immer auf die andere Seite der Barrikade zu treiben. Englands Premierminister hat verlangt, daß auf die Stimme der asiatischen Völker in dieser asiatischen Angelegenheit besonders gehört werden müsse. (Pakistan und Hindustan gehören zudem dem Commonwealth an.) Niemand hat sehr große Hoffnungen, daß die Anerkennung der nationalen Forderungen Chinas eine dauernde Befriedung Asiens oder gar der Welt bringen werde. Niemand verkennt, daß sie sehr gefährlich sein kann. Die Zulassung Rotchinas kann die Arbeit in der UNO kaum erleichtern. Ein Zurückweichen vor den chinesischen Forderungen, die ja tatsächlich auf Grund der Erfolge der chinesischen Waffen erhoben werden, könnte das Prestige der westlichen Welt im Fernen Osten sehr nachhaltig erschüttern, nachdem man sich einmal so weitgehend festgelegt hat. Man solle doch gleich erklären, so sagte ein unwilliger Sprecher der USA nach der Weigerung einiger UNO-Staaten, China zum Angreifer zu erklären, daß künftig ein Angriff auf die Philippinen, auf Hongkong und auf Indien straflos sein würde. Wie gering aber die Chance einer dauernden Entspannung durch einen solchen Weg auch sein mag, so kann sie nur auf diese Weise wahrgenommen werden, wenn es überhaupt noch eine Möglichkeit einer leidlichen Zusammenarbeit und Verständigung im Fernen Osten gibt. Eine solche Regelung kann vielleicht eine Entspannung herbeiführen; gegenteilige Wege und Praktiken werden sicher eine ewige Spannung mit der dauernden Drohung eines Krieges im Fernen Osten in sich schließen.

Frankreich und England sind allerdings zu sehr an die USA gekettet, als daß sie

offen und eindeutig gegen sie handeln könnten. Sie können es sich nicht leisten, offen den Anschein einer Desertion der westlichen Sache in Asien zu erwecken. In der Vollversammlung der UNO vom 1. Februar gelang es denn auch den USA, für ihren Antrag, die chinesische Intervention als „Aggression“ zu kennzeichnen, eine eindrucksvolle Mehrheit zu finden. (44 gegen 7 Stimmen bei 9 Enthaltungen). Indessen verzichtete man darauf, praktische Konsequenzen aus dieser Verurteilung zu ziehen und Sanktionen gegen den Angreifer zu verhängen. Wenn die Achterklärung der UNO über China wahrscheinlich auch eine Geste bleiben wird, so muß sie doch einen echten Ausgleich verhindern. Die scharfe Reaktion der Pekinger Regierung bestätigte das eindeutig. Sie schließt mit ziemlicher Sicherheit China für geraume Zeit aus der UNO aus, sie bringt die Gefahr mit sich, eine Kluft zwischen den asiatischen Völkern insgesamt und der europäischen-amerikanischen Welt aufzureißen. Auf der anderen Seite bedeutet der Verzicht auf Sanktionen, daß die westliche Welt sich wenigstens nicht kopfüber in den Krieg gegen China stürzt. Dieser Krieg hat nicht aufgehört, der sinnloseste aller sinnlosen Kriege zu sein, ohne Aussicht auf ein Ende oder auf den Sieg, kostspielig wie ein Weltkrieg und doch, an Weltmaßstäben gemessen, fruchtlos wie ein kleiner Kolonialkrieg. Er würde Europa eine unerträgliche Last aufbürden, weil er die Hauptkräfte der USA absorbieren würde. Er würde vor allen sozialen Hoffnungen Europas eine chinesische Mauer aufrichten.

DIE ANTWORT AN GROTEWOHL

Die Bundesregierung hat am 15. Januar auf den Brief des Ministerpräsidenten der „Deutschen Demokratischen Republik“, Grotewohl, geantwortet. Die Antwort erging an das deutsche Volk, nicht an Herrn Grotewohl. Die Bundesrepublik hatte wohl auch keine andere Wahl. Für den Osten mit seinen ganz anderen politischen Vorstellungen macht es nichts aus, an den „Herrn Bundeskanzler der Deutschen Bundesrepublik“ zu schreiben. Anerkennung oder Nichtanerkennung bedeutet drüben nichts. Man kennt nur Tatsachen und sonst nichts. Für das rechtsstaatliche Denken der westlichen Demokratie liegt aber in einem Schreiben an den „Herrn Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik“ eine Anerkennung beschlossen. In einer Welt, in der Worte nicht nur Worte sind, ist so etwas nicht völlig belanglos.

Die Antwort auf das von Grotewohl unterschriebene Schreiben Stalins war grundsätzlich und elementar ablehnend.

„Diejenigen, die auf das deutsche Gebiet östlich der Oder-Neiße im Warschauer Abkommen Verzicht geleistet haben“, stellt die Antwort fest, „erscheinen, nicht legitimiert, von einer Wiedervereinigung Deutschlands zu sprechen.“ Nichts dürfe unversucht bleiben, um die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit wiederherzustellen. „Die Bundesregierung kann aber nur mit denjenigen in Besprechungen über die deutsche Wiedervereinigung eintreten, die willens sind, eine rechtsstaatliche Ordnung, eine freiheitliche Regierungsform, den Schutz der Menschenrechte und die Wahrung des Friedens vorbehaltlos anzuerkennen und zu garantieren.“

Da die Erklärung der Bundesregierung, hinter die sich die Opposition uneingeschränkt gestellt hat, auf das selbstverständliche und elementare Recht abgestellt war, wurde es vielfach als doppelt unglücklich empfunden, daß man sich so viel Zeit für die Antwort an Grotewohl ließ. So einfache Wahrheiten müßten schnell gefunden und ausgesprochen werden.

Das Zögern der Bundesregierung aber wird dadurch erklärt und gerechtfertigt, daß die Beantwortung in einer von Besorgnis und Ungewißheit erfüllten Atmosphäre erfolgte. Die Politiker der Bundesrepublik wissen sehr wohl, daß sie es mit Gegenspielern zu tun haben, deren Handlungen nur Teile eines undurchsichtigen Planes ihrer russischen Herren sind.

Die Bundesregierung hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sie selbst es sei, die noch auf eine Antwort warte. Sie, die Bundesregierung, hatte am 22. März 1950 einen Vorschlag über gesamtdeutsche Wahlen gemacht und diesen Vorschlag über die Hohen Kommissare an den Oberbefehlshaber in der Sowjetzone, General Tschuikow, weitergeleitet. General Tschuikow hat bis heute darauf keine Antwort gegeben. Das Natürlichste der Welt wäre jetzt gewesen, wenn die Machthaber der Sowjetzone Verhandlungen über die deutsche Einheit wollten, dieses Schreiben von damals zu beantworten. Aber das wäre dann ein amtlicher Akt im diplomatischen Rahmen des Viermächtegespräches, und das hätte den Kreml mehr gebunden, als ihm lieb sein kann. Deshalb versucht die sowjetische Regierung ein sozusagen innerdeutsches Gespräch zwischen Grotewohl und Adenauer zustande zu bringen, das man nach Bedarf als eine lediglich internationale Angelegenheit der Deutschen erklären könnte.

Am 30. Januar richtete die sogenannte Volkskammer der Sowjetzone einen Appell an den Deutschen Bundestag, ein gesamtdeutsches Gespräch zu arrangieren, nachdem am 27. Januar in Frankfurt/Oder ein „Grenz-

vertrag“ zwischen der Sowjetzone und Polen unterzeichnet worden war. Als das einzige freigewählte Parlament wird der Bundestag auf die Erklärungen in der Volkskammer antworten, die Dr. Schumacher als „Gaukeleien“ bezeichnete.

Es ist das Ziel der sowjetischen Machthaber, durch die Verhandlungen, wie sie Grotewohl in ihrem Auftrag vorschlug, sich Positionen für die künftigen Verhandlungen zwischen den vier Mächten zu schaffen und Entscheidungen über Deutschland vorwegzunehmen, die der Kreml auf einer solchen Konferenz unter Umständen mit Konzessionen auf anderen Gebieten hätte bezahlen müssen. Deshalb ist es auch töricht zu meinen, daß durch die Antwort der Bundesregierung bzw. durch die Nichtbeantwortung der Note Grotewohls die Tür zugeschlagen worden sei. Wenn es eine Chance für eine

Wiedervereinigung des ganzen Deutschland und für eine Unabhängigkeit gibt, dann kann sie auch noch auf der Konferenz zwischen den vier Großmächten wahrgenommen werden. Ja, sie kann nur auf dieser Konferenz wahrgenommen werden. Sie ist wertlos, wenn sie nicht durch ein Abkommen der vier Mächte ihre Bestätigung erlangt. Es ist aber der sowjetischen Regierung darum zu tun, ein deutsches Abkommen zustande zu bringen, das nicht eine internationale Garantie hat und also im letzten Grunde wertlos ist. Die Westmächte hätten keine Handhabe zum Eingreifen, wenn ein solches Abkommen eines Tages zerrissen und in den Papierkorb geworfen wird.

Die großen Entscheidungen über Deutschland können also nach wie vor immer nur in dem Gespräch der Weltmächte unter sich erfolgen.